



Mag. JONATHAN MITTERMAIR
Universitätskommunikation
Pressesprecher

Tel.: +43 732 2468-3010
jonathan.mittermair@jku.at

Linz, 4. September 2014

Erster Weltkrieg und Gesellschaftspolitik – Entwicklung des Wohlfahrtsstaats

Der Erste Weltkrieg veränderte nicht nur – durch den Zerfall der beiden großen multiethnischen Imperien der Habsburgermonarchie und des Osmanischen Reiches - die Landkarte Europas grundlegend; er hatte auch tiefgreifende Auswirkungen auf die innere Verfasstheit der Staaten. Darüber berichtet Dr. Brigitte Kepplinger vom Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz.

Dies betraf zunächst die Regierungssysteme. *„Das Regierungssystem der Monarchie war europaweit auf dem Rückzug. Die neu entstandenen Staaten Mitteleuropas gaben sich republikanisch-demokratische Verfassungen; das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen bildete ihren Kern“*, erklärt Kepplinger. Damit änderte sich auch das Verständnis und die Bedingungsfaktoren von Politik: die Massenparteien, die um die Jahrhundertwende entstanden waren, wurden nun zu bestimmenden Elementen. Sie bündelten die Interessen großer Bevölkerungsgruppen und suchten diese im Rahmen des Parlamentarismus zu realisieren, wobei die Bruchlinie der Interessen zwischen den (sozialistischen) Arbeiterparteien und den bürgerlichen Kräften verlief.

Veränderung der Rolle der Frau in der Gesellschaft

Diese Entwicklung vollzog sich auf der Basis tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen, die der Krieg verursacht hatte. *„Ein Faktor war der teilweise Statusverlust des Bürgertums und der Mittelschichten, mit dem eine Aufwertung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften korrespondierte. Die Rolle der Frau erfuhr im Krieg eine grundlegende Veränderung“*, so Kepplinger. Frauen wurden verstärkt zur Arbeit in der Industrie herangezogen, ersetzten die eingerückten Männer. Obwohl viele der Freiräume nach dem Krieg wieder zurückgenommen wurden, entwickelte sich ein breiter Diskurs über die Position der Frau in der Gesellschaft, der nicht zuletzt von den Frauen selbst in Gang gehalten wurde. Die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten

stellte die sozialen Sicherungssysteme vor immense Herausforderungen und wurde zum Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung der Kriegslasten.

Entwicklung zum Sozialstaat

Die Arbeiterparteien drängten auf sozialpolitische Reformen, die die formale politische Gleichstellung der Arbeiterschaft im Rahmen des allgemeinen Wahlrechts durch eine soziale und ökonomische Gleichstellung ergänzen sollte. Im Fokus stand die Forderung nach Absicherung gegen die Armutrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. *„Tatsächlich wurden z.B. in Österreich im Anschluss an den Ersten Weltkrieg entsprechende sozialpolitische Reformen realisiert, wie etwa die staatliche Arbeitslosenversicherung von 1920. Der Staat wurde zum zentralen Adressaten der Forderungen nach sozialpolitischen Reformen und sollte auch deren zentraler Akteur sein, also zu einem Sozialstaat entwickelt werden“*, sagt Kepplinger. Diese Konzeption hatte ihre Wurzeln nicht zuletzt in der weitreichenden staatlichen Lenkung der Kriegswirtschaft, die in Österreich von Experten als realer „Kriegsstaatsozialismus“ bezeichnet wurde.

So erhielt die Diskussion um die Etablierung staatlicher sozialer Sicherungssysteme auf Grund der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs eine neue Dimension, wie sich dies etwa in der Verankerung der Sozialversicherung als staatliche Aufgabe in der Weimarer Verfassung widerspiegelt. *„Wenn auch die entsprechenden Konzepte auf Grund der politischen Entwicklung in der Zwischenkriegszeit nur unvollständig realisiert werden konnten, so bildeten sie doch die Basis für den Auf- und Ausbau des Sozialstaates nach 1945“*, so Kepplinger.

Foto:

Bildbeschriftung: Dr. Brigitte Kepplinger vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz

Copyright: JKU; Abdruck honorarfrei

Kontakt:

Dr. Brigitte Kepplinger

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, JKU

+43 732 2468-7169

brigitte.kepplinger@jku.at